

Fraktion **direkt**

36 | 24. April 2015

Zur Lage

Der Flüchtlingsstrom ist eine große Herausforderung Keine einfache Lösung in Sicht

Fast jeden Tag sterben auf dem Mittelmeer Menschen. Mal sind es nur wenige, mal aber hunderte auf einmal. Es sind Menschen, die auf der Suche nach einem besseren Leben waren. Mitunter haben sie und ihre Familien ihr gesamtes Vermögen geopfert, um die Überfahrt bezahlen zu können. Das Wasser wird auch zum Grab für kleine Kinder, die die Flüchtlinge mitnehmen.

Man kann darüber streiten, ob diese Flüchtlinge verantwortungsvoll handeln. Man kann fragen, ob diese Menschen ein zu hohes Risiko eingehen, gerade im Hinblick auf die Kinder. Dennoch ist es die Pflicht Europas, alles zu unternehmen, damit das Mittelmeer nicht zu einem Meer des Todes wird. Das gebietet das Gebot der Nächstenliebe. Es würde allen europäischen Werten widersprechen, wenn wir nicht handelten.

„Hilfe ist ein Gebot der Nächstenliebe“

Doch was ist zu tun? Als erstes muss die Seeüberwachung verbessert werden, um die Schiffbrüchigen zu entdecken und um ihnen dann helfen zu können. Hier ist eine gesamteuropäische Initiative notwendig. Die Arbeit kann nicht allein Italien erledigen. Zweitens müssen die Schleuserbanden bekämpft werden, denn sie betreiben eine moderne Form des Menschenhandels. Drittens muss die Situation in den Heimatländern der Flüchtlinge verbessert werden, damit sich weniger von ihnen auf den Weg nach Europa machen.

Das alles klingt einfach, wird aber schwer zu realisieren sein. Der erste Punkt dürfte bei allen Schwierigkeiten noch die am leichtesten zu lösende Aufgabe darstellen. Aber schon die Bekämpfung der Schleuserbanden ist eine Herausforderung, die kaum bewältigt werden kann. Sie sitzen



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

hauptsächlich in Libyen, einem Land, in dem fast jede staatliche Autorität verloren gegangen ist. Soll die EU nun in Libyen intervenieren? Wer soll diese Aktion durchführen? Militär oder Polizei – vorausgesetzt eine anerkannte libysche Regierung würde dies überhaupt dulden?

Nein, es gibt keine einfachen Lösungen. Die Flüchtlinge werden sich auch in den nächsten Monaten zu hunderttausenden nach Europa aufmachen. Wir müssen uns darauf einstellen. Europa muss insgesamt solidarischer handeln, was die Verteilung der Flüchtlinge angeht. Ein Gutteil der Flüchtlinge wird aber, selbst wenn das geschieht, weiter nach Deutschland kommen. Das wird die Realität sein. Man darf sich nichts vormachen. Wir alle in Europa stehen vor einer großen Herausforderung.

Volker Kauder

Inhalt

Der Flüchtlingsstrom ist eine große Herausforderung	1
Gegenseitiges Vertrauen ist unverzichtbar	2
Wirtschaftsstandort Deutschland sichern	3
„Die Basis unseres Dialogs muss Vertrauen sein“	4
„Auch eine gute Maschine muss geölt werden“	5
„Alleinerziehende stehen vor besonderen Herausforderungen“	6
Bundestag gedenkt der Opfer der Flüchtlingstragödie	7
Bundestag erinnert an Vertreibung und Vernichtung der Armenier vor 100 Jahren	8
Offene Worte unter Freunden	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Gegenseitiges Vertrauen ist unverzichtbar

Mit der Wirtschaft im Dialog



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der Union trauen die Menschen in Deutschland im Vergleich zu den anderen Parteien die höchste wirtschaftliche Kompetenz zu. Dieses Vertrauen ist berechtigt. Wir wissen, dass die gut laufende Konjunktur und der damit verbundene Wohlstand nicht als gegeben hingenommen werden kann. Politik und Wirtschaft müssen sich gemeinsam darum kümmern, diesen Zustand nicht nur zu bewahren, sondern den Wohlstand in unserem Land weiter zu mehren. Unsere Fraktion tritt nun in einen intensiven Dialog mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, damit wir klären können, was die Politik tun kann, um wirtschaftliches Wachstum und Innovation weiterhin zu fördern.

Mit einem Wirtschaftsforum und einem anschließenden Wirtschaftsempfang hat die Fraktion in dieser Woche offiziell die Veranstaltungsreihe „Innovation, Wachstum, Zukunft“ eröffnet. In diesem Rahmen werden im Laufe des Jahres zahlreiche Fachgespräche geführt. Für uns als Union ist wichtig zu sehen, dass auch die Wirtschaft ein großes Interesse hat, mit uns im Gespräch zu bleiben. Die Präsidenten der vier großen Wirtschaftsverbände waren zur Auftaktveranstaltung erschienen, um uns „die Hand zu reichen“, wie es BDI-Prä-

sident Ulrich Grillo formulierte. Das gegenseitige Vertrauen zwischen Politik und Wirtschaft ist in der sozialen Marktwirtschaft unverzichtbar, ließ auch Bundeskanzlerin Angela Merkel die Vertreter der Wirtschaft wissen. „Wir vertrauen Ihnen, vertrauen Sie uns“, sagte die Kanzlerin.

Die Wirtschaft ist nicht mit allen Entscheidungen zufrieden, die die Koalition in den vergangenen Monaten getroffen hat. Aus Sicht vieler Unternehmer hat zum Beispiel das Mindestlohngesetz bürokratische Nachteile. Allerdings müssen wir Politiker in politischen

Entscheidungen auch kompromissfähig sein. Künftig streben wir aber eine „One-in-/One-out“-Regelung an. Das heißt, für jede neue bürokratische Belastung muss es eine Entlastung geben. Wir sollten auch nicht vergessen, dass die Union Steuererhöhungen für diese Legislaturperiode ausgeschlossen hat und jedes Jahr von neuem einen soliden Haushalt aufstellt – eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftlich erfolgreiches Handeln.

Die Union hat die zahlreichen Projekte, die für die Wirtschaft von großem Interesse sind, fest im Blick. Ein gutes Beispiel dafür ist die Diskussion über das Freihandelsabkommen mit den USA, TTIP. Wir sind die einzige Partei, die bei diesem Thema eine klare Linie hat. Wir wissen, dass wir dieses Abkommen brauchen, um den freien Warenverkehr mit dem amerikanischen Kontinent zu verbessern und damit auch unseren wirtschaftlichen Wohlstand zu sichern. Da sind wir uns mit den Wirtschaftsverbänden einig. Wir müssen die Bürger gemeinsam überzeugen, dass die EU in ihrem Sinne mit den USA verhandelt. Scheitert TTIP, werden sich die USA endgültig nach Asien orientieren. Das hätte massive Auswirkungen auf internationale Standards, die wir mit TTIP noch selbst mitbestimmen können.

Wirtschaftsstandort Deutschland sichern

Wirtschaftsforum der CDU/CSU-Fraktion – Austausch mit ranghohen Vertretern von Industrie, Handel und Handwerk



Foto: Steven Rösler

Die Teilnehmer des Wirtschaftsforums in der Diskussion

Bürokratieabbau, Fachkräftemangel, Industrie 4.0 – an Themen für den ersten großen Austausch der Unionsfraktion mit der Wirtschaft mangelte es nicht. Und so diskutierten Unionsfraktionschef Volker Kauder und CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt am Mittwoch eineinhalb Stunden lang mit den Vertretern der vier Spitzenverbände der Wirtschaft über die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft. Mit dem Forum wurde eine Reihe von Veranstaltungen eingeleitet, die sich unter anderem um Big Data, die Energiewende und das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP drehen.

Bürokratieabbau ist ein Anliegen, das der Wirtschaft auf der Seele brennt, denn jede Verwaltungsvorschrift kostet Zeit und Geld. Da kommt die neue Regelung, für die die Unionsfraktion gekämpft hat, gerade recht. „One in - One out“ heißt sie und bedeutet so viel wie: Für jede neue Verordnung muss innerhalb eines Jahres eine alte abgeschafft werden. „Dieses Gesetz ist ein erster Schritt, so wie wir uns das gewünscht haben“, sagte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer. Volker Kauder versprach, dass die Union auf die Einhaltung dieses

Prinzips achten werde.

Beim Fachkräftemangel spielt das Thema Bildung eine große Rolle – da waren sich Politik und Wirtschaft einig. Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), berichtete, dass allein in seinem Bereich in diesem Jahr 80.000 Ausbildungsplätze unbesetzt seien. Zugleich steige die Zahl der Studienabbrecher. „Wir werden als Deutsche dafür bewundert, dass wir die duale Ausbildung haben“, sagte er – und trotzdem fehlten Lehrlinge. Er forderte, man solle bereits an Gymnasien für die duale Ausbildung werben. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt wies darauf hin, dass es auch an der „gesellschaftlichen Wertschätzung für die duale Ausbildung“ mangle.

Stabile Strompreise entscheidend

Sorgen bereitet der Industrie die Energiewende. Steigende Energiepreise im Zuge des Ausbaus der erneuerbaren Energien dürften Unternehmen nicht aus dem Standort Deutschland vertreiben, mahnte Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Auch eine si-

chere Energieversorgung müsse gewährleistet sein. Forderungen nach einer Abschaffung der „alten Braunkohle“ erteilte er eine Absage. Denn damit würden die Stromkosten steigen, Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerkes (ZDH), hingegen betonte, dass die Energiewende für das Handwerk eine „Goldgrube“ sei. „Eineinhalb Millionen unserer Mitarbeiter sind damit beschäftigt. Für uns ist das ein wichtiger Wirtschafts- und Umsatzfaktor.“

Digitalisierung vorantreiben

Die Digitalisierung der Wirtschaft bezeichnete Volker Kauder als ein großes Zukunftsthema. „Wenn wir das nicht mit aller Macht angehen, dann wird das zu einem größeren Problem als der demografische Wandel“, mahnte er. Aufgabe der Politik sei es, die optimalen Rahmenbedingungen zu schaffen. BDI-Präsident Grillo sprach von einem großen Risiko für die deutsche Wirtschaft, sollte sie bei der Digitalisierung den Anschluss verlieren. „Wir werden Arbeitsplätze verlieren, wenn wir sie ablehnen.“

„Die Basis unseres Dialogs muss Vertrauen sein“ Angela Merkel beim Wirtschaftsempfang der Unionsfraktion



Gruppenbild mit Kanzlerin beim Wirtschaftsempfang

Über die Zukunft des Standortes Deutschland und die geeigneten politischen Rahmenbedingungen wollen die Unionsfraktion und die Wirtschaft im stetigen Austausch bleiben. Den Willen dazu bekundeten sie beim Wirtschaftsempfang der CDU/CSU-Fraktion am Mittwoch im Reichstag, der im Anschluss an das Forum stattfand. „Die Basis unseres Dialogs muss Vertrauen sein. Vertrauen darin, dass Sie uns sagen, wo der Schuh drückt“, betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), sagte: „Mit Ihrem Wirtschaftsempfang reichen Sie uns die Hand zum Dialog. Wir nehmen die Hand gerne an und wir ergreifen sie gerne.“

Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder stellte fest, man dürfe die Fragen und Kritikpunkte, die Unternehmensvertreter und Arbeitgeber mit Blick auf die Zukunft aufwerfen, nicht beiseiteschieben – auch wenn die Wirtschaft aktuell brumme. Gutes Wachstum und ordentliche Steuereinnahmen dürften den Blick auf nötige Reformen nicht verstellen. Die Themen, bei denen der Wirt-

schaft der Schuh drückt, griff Kanzlerin Merkel in ihrer Rede auf: den Mindestlohn und die Erbschaftssteuer, den Fachkräftemangel und den Bürokratieabbau, das atlantische Freihandelsab-



Kanzlerin Merkel gibt einen Überblick über die wirtschaftspolitische Agenda der Koalition

kommen TTIP und die Industrie 4.0.

Die Bundeskanzlerin machte deutlich, dass das Umfeld für private Investitionen stimmen müsse, wenn die Wirtschaft weiter wachsen solle. Sie wisse um die Defizite im Infrastruk-

turbereich, sagte sie. Die Koalition habe aber schon einen Teil der Hausaufgaben gemacht. So seien sieben Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur in dieser Legislaturperiode vorgesehen. Und angesichts der finanziellen Spielräume könne man ab 2016 noch einmal zehn Milliarden drauflegen.

Die Menschen für TTIP gewinnen

Merkel versprach auch, der Europäischen Union bei ihren Verhandlungen mit den USA über TTIP den Rücken zu stärken. Angesichts zahlreicher anderer Freihandelsabkommen, um die sich Europa gerade bemühe, „wäre es doch befremdlich, wenn wir mit den Vereinigten Staaten von Amerika nicht über ein solches Freihandelsabkommen sprechen würden“, sagte die Kanzlerin. Sie stellte sich hinter Grillos Forderung, die Menschen durch Aufklärung für TTIP zu gewinnen. „Wir von der Unionsseite werden sehr intensiv argumentieren und dafür werben“, versprach Merkel. Schließlich sichere das Abkommen Arbeitsplätze.

Mit Blick auf die Digitalisierung und die Industrie 4.0 versicherte die Kanzlerin der Wirtschaft, dass man „für die notwendigen Infrastrukturinvestitionen sorgen“ werde. Die Industrie 4.0 – das Internet der Dinge – verglich sie in ihrer Dimension mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert. Der Netzausbau sei dafür eine wichtige Weichenstellung. „Wir haben gute Chancen, dass das Ziel, das wir uns gesetzt haben – 50 Megabit pro Sekunde für jeden Haushalt in Deutschland im Jahr 2017 –, dass wir

das erreichen können.“ Auch für Volker Kauder ist Industrie 4.0 eines der großen Zukunftsthemen. Die Politik werde entscheiden müssen: „Wie viel Regulierung ist notwendig, und wo können wir Freiräume lassen.“

„Auch eine gute Maschine muss geölt werden“

Klausurtagung der Koalitionsspitzen in Göttingen – Kriminalität bekämpfen – Wirtschaft stärken

Die Atmosphäre war gut – die Arbeitsergebnisse konnten sich sehen lassen. Auf ihrer Klausurtagung in Göttingen Mitte April beschlossen die Spitzen der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion eine Reihe von Maßnahmen. So soll die Kriminalität stärker bekämpft, die Palliativversorgung für Schwerstkranke und Sterbende ausgebaut werden. Um die Wirtschaft zu stärken, sollen die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert werden. Die steuerlichen Freibeträge für Alleinerziehende werden erhöht (s. dazu das Interview mit Nadine Schön).

Unionsfraktionschef Volker Kauder lobte die Zusammenarbeit der Koalitionssparten: „Man muss sich aufeinander verlassen können, und das ist der Fall.“ Der Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer nannte es wichtig, „sich außerhalb des Berliner Politikbetriebs in entspannter Atmosphäre persönlich auszutauschen“. Und CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt bemerkte: „Auch eine gute Maschine muss immer wieder geölt werden: Das gilt auch für die Koalition, die gute Arbeit leistet.“

Schutz gegen Einbrüche wird gefördert

Angesichts steigender Einbruchszahlen und vermehrter Gewalt im Alltag will sich die Koalition verstärkt der Kriminalitätsbekämpfung widmen. „Wenn wir über die innere Sicherheit in Deutschland sprechen, haben wir nicht nur die Terrorbekämpfung im Blick, sondern auch die Einbruchskriminalität, die Menschen in ihrem täglichen Leben beeinträchtigen oder traumatisieren kann. Hier sehen wir als Union dringenden Handlungsbedarf“, sagte Michael Grosse-Brömer.

Die Koalitionssparten beschlossen daher, Maßnahmen zum Schutz gegen Einbruch zu fördern. So sollen die Zuschüsse und zinsgünstigen Kre-



Foto: Steven Rösler

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Thomas Oppermann bei der Pressekonferenz

dite im Rahmen der KfW-Programme aufgestockt werden. Denn: Nicht nur Haus- und Wohnungseigentümer sollen profitieren, sondern auch Mieter sollen sich besser vor Einbrechern schützen können. Außerdem wird der organisierten Kriminalität und den Racketbands der Kampf angesagt.

Hospiz- und Palliativversorgung soll künftig allen Menschen in Deutschland zur Verfügung stehen. Die Koalitionssparten beschlossen in Göttingen, einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen. Die Unionsfraktion ist überzeugt davon, dass eine umfangreiche ärztliche, pflegerische und psychosoziale Begleitung die richtige Antwort auf die Sorgen Schwerstkranker und Sterbender ist – und nicht die aktive Sterbehilfe.

Erleichterungen für Start-ups

Die Koalitionssparten einigten sich außerdem darauf, den Innovationsstandort Deutschland weiter auszubauen. Für die sogenannte Industrie 4.0 sollen Schlüsselkompetenzen gefördert werden, beispielsweise die IT-

Sicherheit, die Sensorik oder die Produktionssteuerung. Jungen, innovativen Unternehmen soll mit Gründungsfinanzierung und Gründungscoaching der Start erleichtert werden.

Außerdem wurde die Weiterführung der sogenannten Exzellenzinitiative – also die Förderung der Spitzenforschung an ausgewählten Hochschulen – beschlossen. 400 Millionen Euro jährlich werden für die Jahre 2018 bis 2028 zur Verfügung gestellt. Davon erhofft sich die Koalition einen Schub für die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Forschungseinrichtungen.

Deutschlands Wirtschaft steht derzeit gut da. Damit das so bleibt, braucht es Investitionen. Daher soll die Investitionskraft der Kommunen weiter gestärkt werden. Speziell für finanzschwache Kommunen wird ein Investitionsfonds von 3,5 Milliarden Euro für die Jahre 2015 bis 2018 geschaffen. Um private Investitionen zu erleichtern, sollen bürokratische Hindernisse abgebaut, moderne Finanzierungsformen gefördert und Innovationen unterstützt werden.

„Alleinerziehende stehen vor besonderen Herausforderungen“

Nadine Schön über die Anhebung des steuerlichen Freibetrages – Maßnahme ist Teil eines Familienpaketes



Nadine Schön
Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Koalitionsfraktionen haben sich bei ihrer Klausurtagung in Göttingen auf die Anhebung des Steuerfreibetrages für Alleinerziehende verständigt. Darüber sowie über die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sprach „Fraktion direkt“ mit der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Nadine Schön.

Frau Schön, der Steuerfreibetrag für Alleinerziehende wird um 600 Euro angehoben. Warum in diesem Umfang?

Schön: Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurde 2004 eingeführt und liegt seitdem unverändert bei 1.308 Euro. In diesem Zeitraum stiegen zum Beispiel das Kindergeld und der Kinderfreibetrag um rund 23 Prozent. Daher ist es nicht nur angemessen, sondern absolut notwendig, wenn wir jetzt – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – den Freibetrag für die Alleinerziehenden deutlich anheben und ihn künftig auch nach der Kinderzahl staffeln.

Die Erhöhung trägt der Tatsache Rechnung, dass alleinerziehende und gleichzeitig erwerbstätige Mütter

oder Väter sich besonderen finanziellen Herausforderungen stellen müssen. Sie müssen – beispielsweise nach einer Trennung – die Miete für eine ausreichend große Wohnung finanzieren. Alleinerziehende Erwerbstätige haben oft auch höhere Kinderbetreuungskosten, weil sie sich die Betreuung nicht mit einem Partner teilen können. Damit das Familienleben von alleinerziehenden Müttern oder Vätern reibungslos läuft, benötigen sie jeden Euro.

Die Finanzierung ist aber noch offen. Wo soll das Geld herkommen?

Schön: So viel ist klar: Die Anhebung soll aus dem Haushalt des Bundesfamilienministeriums finanziert werden. Über die Einzelheiten werden sich das Bundesfamilienministerium und das Bundesfinanzministerium noch verständigen.

Was ist mit Alleinerziehenden, die nicht arbeiten?

Schön: Es liegt in der Natur von steuerlichen Freibeträgen, dass nur diejenigen dadurch entlastet werden, die erwerbstätig sind, weil nur sie überhaupt Steuern zahlen müssen. Aber das ist bei Alleinerziehenden ja auch überwiegend der Fall. Alleinerziehende, die keine Arbeit haben, werden durch andere Maßnahmen unterstützt – zum Beispiel durch Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, also durch die Grundsicherung, oder nach dem Sozialgesetzbuch XII, also durch die Sozialhilfe. Und für ihren Mehrbedarf als Alleinerziehende erhalten sie einen Zuschlag auf die Regelleistung, die ihnen für ihre Kinder jeweils zusteht. Dieser Zuschlag richtet sich nach der Anzahl und dem Alter der Kinder.

„Familienpolitik ist seit Jahren ein Schwerpunktthema der Union“

Die Anhebung dieses Freibetrages für Alleinerziehende ist Teil eines Gesamtpaketes, das der Bundestag in dieser Woche erstmals beraten hat und das unter anderem auch die Anhebung des Kindergeldes umfasst. Was ist da im Einzelnen geplant?

Schön: Ja, das ist richtig, wir schnüren ein ganzes Familienpaket. Schon seit vielen Jahren ist die Familienpolitik ein Schwerpunktthema der Union. Diese Tradition setzen wir fort: Wir regeln, dass der steuerliche Grundfreibetrag für Erwachsene in zwei Schritten um knapp 300 Euro auf 8.652 Euro steigt. Der Kinderfreibetrag beträgt momentan 7.008 Euro, er steigt 2015 um 144 Euro und 2016 um weitere 96 Euro.

Der Union ist es wichtig, dass wir auch die Beziehenden kleiner und mittlerer Einkommen besser unterstützen. Deshalb werden wir zeitgleich auch das Kindergeld erhöhen: Rückwirkend ab Januar 2015 um vier Euro monatlich und ab dem 1. Januar 2016 um weitere zwei Euro monatlich.

Ein weiteres Element des Familienpakets ist die Anhebung des Kinderzuschlags zum 1. Juli 2016 um 20 Euro auf dann bis zu 160 Euro monatlich. Den Kinderzuschlag erhalten Eltern, die mit ihrem Erwerbseinkommen zwar ihren eigenen Bedarf decken können, aber nicht über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, um den Bedarf ihrer Kinder zu decken.

Bundestag gedenkt der Opfer der Flüchtlingstragödie

Konsequenzen für EU-Asylpolitik gefordert – Seenotrettung verbessern – Schleuser bekämpfen

Mit einer Schweigeminute hat der Bundestag am Mittwoch der mehr als 800 Flüchtlinge gedacht, die am Wochenende im Mittelmeer ertrunken sind. In einer kurzfristig anberaumten Debatte zeigten sich Redner aller Fraktionen erschüttert über die Flüchtlingskatastrophe. „Migration darf keine Frage von Leben und Tod werden“, mahnte Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

Der CDU-Politiker sprach sich für eine verbesserte Seenotrettung, für die konsequente Bekämpfung der Schleuserkriminalität und für eine Stabilisierung der Herkunftsländer aus. Die Flüchtlinge, die in Europa ankommen, müssten fair auf die EU-

Mitgliedsländer verteilt werden, forderte er.

Die Flüchtlingstragödie vom Wochenende war lediglich der Höhepunkt einer Entwicklung, die sich seit Jahren abzeichnet. Die Europäische Union beriet am Donnerstag auf einem Krisengipfel über geeignete Maßnahmen, um auf die Situation zu reagieren. Die EU-Außenminister hatten bereits am Montag einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt.

sen Schleppern, denen Menschenleben gar nichts bedeuten, das Handwerk zu legen“.

Als wichtigen Punkt nannten die Redner der Unionsfraktion auch die Stabilisierung der afrikanischen Herkunftsländer. Man müsse das Problem an der Wurzel packen, sagte Erika Steinbach. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hans-Peter Friedrich betonte: „Es muss nach Afrika die klare Botschaft ausgesendet werden,

Entlastung der Länder und Kommunen

Die unionsgeführten Bundesregierungen unter Kanzlerin Angela Merkel entlasten Länder und Kommunen in großem Umfang. Im Zeitraum von 2010 bis 2018 umfassen die Entlastungen in den Bereichen Soziales, Familie und Bildung sowie Investitionen 125 Milliarden Euro. In dieser Woche hat der Bundestag nun einen Nachtragshaushalt für 2015 sowie weitere Entlastungen zugunsten finanzschwacher Kommunen beschlossen. Diese erhalten fünf Milliarden Euro zur Stärkung ihrer Investitionstätigkeit. Darüber hinaus hilft der Bund Ländern und Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 mit jeweils einer halben Milliarde Euro bei der Unterbringung von Asylbewerbern.

Im 125-Milliarden-Euro-Paket für die Jahre 2010 bis 2018 enthalten sind 60 Milliarden Euro für soziale Leistungen wie die Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder die Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger. Im Bereich Familie und Bildung – also beim Hochschulpakt, bei den BAföG-Kosten oder beim Betriebskostenzuschuss für den Kita-Ausbau – summieren sich die Leistungen auf 45 Milliarden Euro. Für Entflechtungsmittel, Kommunalinvestitionsfonds und den Kita-Ausbau schießt der Bund 18 Milliarden Euro zu.



Fotos: dpa/picture alliance

„Es gibt keine einfachen Antworten“

„Es gibt keine einfachen Antworten, es gibt keine schnellen Lösungen“, betonte de Maizière im Bundestag mit Blick auf den Plan. Für die Seenotrettung stehe eine Verdopplung der Mittel zur Debatte, aber vielleicht sei auch eine Verdreifachung nötig. Er stellte außerdem Hilfe für die Staaten in Aussicht, an deren Küsten die Flüchtlinge landen, vor allem Italien und Griechenland.

Was die Schleuserbanden angeht, so geht es dem Minister zufolge darum, deren Infrastruktur zu beschädigen. Auch die Vorsitzende der AG Menschenrechte der Unionsfraktion, Erika Steinbach, forderte, den „skrupello-

se, dass diese Menschen nicht alle in Europa unterkommen können.“ Gerade die Stärksten und gut Ausgebildeten würden in ihren Ländern gebraucht.

Gerechte Verteilung in der EU gefordert

Zu einem europäischen Gesamtkonzept gehört den Unionspolitikern zufolge eine gerechte Aufteilung der Flüchtlinge in Europa. Es könne nicht angehen, dass von 28 EU-Staaten nur zehn tatsächlich Asylsuchende aufnehmen. Friedrich forderte die EU auf, eine europäische Flüchtlingskonferenz einzuberufen.

Steinbach warnte davor, die Grenzen Europas für die Flüchtlinge komplett zu öffnen. Das würde die EU-Staaten überfordern. Die Akzeptanz bei den Bürgern würde schwinden, befürchtet sie.

Bundestag erinnert an Vertreibung und Vernichtung der Armenier vor 100 Jahren

Koalitionsfraktionen nennen Massaker „beispielhaft“ für Völkermorde des 20. Jahrhunderts



Foto: picture alliance / dpa

Genozid-Gedenkstätte in der armenischen Hauptstadt Eriwan

Vor hundert Jahren – am 24. April 1915 – begann in Konstantinopel, der Hauptstadt des damaligen Osmanischen Reiches, die Vertreibung und Vernichtung der Armenier. Aus diesem Anlass gedachte der Bundestag am Freitag der Armenier und anderer christlicher Volksgruppen, die den Deportationen und Massakern zum Opfer fielen – nach Schätzungen von Historikern über eine Million. Die Abgeordneten berieten auch über einen gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen, in dem das Schicksal der Armenier als „beispielhaft für die Geschichte der Massenvernichtungen, der ethnischen Säuberungen, der Vertreibungen, ja der Völkermorde“ des 20. Jahrhunderts bezeichnet wurde. In dem Zusammenhang wurde unter-

strichen, dass man sich „der Einzigartigkeit des Holocaust, für den Deutschland Schuld und Verantwortung trägt“, bewusst sei.

Erstmals wurde das Wort „Völkermord“ explizit in einen Koalitionsantrag aufgenommen, der voraussichtlich in einigen Wochen in 2./3. Lesung verabschiedet werden wird. In der Ursprungsfassung des Antrags hatten die Fraktionen von CDU/CSU und SPD noch darauf verzichtet und sich an die Formulierungen des Antrags angelehnt, den der Bundestag zum 90. Jahrestag – 2005 – verabschiedet hatte. Zwar steht und stand die Schwere der Verbrechen, die Planmä-

ßigkeit ihrer Ausführung außer Frage und wurde auch in der Ursprungsfassung ohne Beschönigung beschrieben. Doch wurde die völkerrechtliche Einordnung als Genozid bislang den Historikern überlassen.

In den Koalitionsfraktionen zeichnete sich aber Unbehagen über diesen Verzicht ab. Mehr und mehr Abgeordnete sprachen sich in den vergangenen Wochen für eine klare Benennung des Sachverhalts als Völkermord aus, zumal bereits das Europaparlament und andere Parlamente europäischer Länder sowie Papst Franziskus offiziell den Begriff gebrauchen. In Absprache mit der Bundesregierung fanden die Fraktionsspitzen nun eine Formulierung, die alle ihre Abgeordneten billigen konnten.

„Unrühmliche Rolle“ des Deutschen Reiches kritisiert

Im Antrag heißt es: „Der Deutsche Bundestag verneigt sich vor den Opfern der Vertreibungen und Massaker an den Armeniern, die vor 100 Jahren ihren Anfang nahmen. Er beklagt die Taten der damaligen türkischen Regierung, die zur fast vollständigen Vernichtung der Armenier im Osmanischen Reich geführt haben. Ebenso waren Angehörige anderer christlicher Volksgruppen, insbesondere aramäisch/assyrische und chaldäische Christen von Deportationen und Massakern betroffen.“ Auch die „unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches“, das im Ersten Weltkrieg Verbündeter des Osmanischen Reiches war, wird angesprochen. In kritischer Betrachtung wird darauf hingewiesen, dass das Deutsche Reich „trotz eindeutiger Informationen über die organisierte Vertreibung und Vernichtung der Armenier nicht versucht hat, diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen“.

Der Bundestag begrüßt laut Antrag auch die Initiativen von Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kunst und Kultur in der Türkei zur Aufarbeitung der Verbrechen an den Armeniern sowie zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern. Die Türkei als Rechtsnachfolgerin des Osmanischen Reiches erkennt die furchtbaren Geschehnisse vor hundert Jahren nicht als Völkermord an. Auch das Ausmaß der Massaker und Deportationen wird dort immer noch angezweifelt. Allerdings gab es in den vergangenen zehn Jahren vorsichtige Anzeichen einer Annäherung zwischen der Türkei und Armenien auf staatlicher Ebene, zu deren Fortsetzung der Bundestag ermutigt.

Offene Worte unter Freunden

Gerda Hasselfeldt, Michael Grosse-Brömer und Max Straubinger zu politischen Gesprächen in Ungarn



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Fraktionsdelegation mit Viktor Orbán (Mitte)

Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn sind traditionell eng. Deutschland hat den ungarischen Nachbarn viel zu verdanken, nicht zuletzt mit Blick auf die Wiedervereinigung. Die Regierungspartei Fidesz gehört wie CDU und CSU der Europäischen Volkspartei (EVP) an. Beide teilen die Grundwerte der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit. Diese gemeinsame Basis erlaubt einen offenen, auch kritischen Dialog unter politischen Partnern. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt, der Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer und der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, hielten sich kürzlich zu politischen Gesprächen in Budapest auf.

Dort traf die Delegation der CDU/CSU-Fraktion mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und Außenminister Péter Sijjártó zusammen. Im gemeinsamen Gespräch betonte Gerda Hasselfeldt die große Bedeutung solider Haushaltspolitik und einer transparenten Verwendung öffentlicher Gelder: „Deutschland und Ungarn eint das Verständnis für

eine solide Haushaltspolitik: Wir können nur das ausgeben, was vorher erarbeitet wurde.“ Diese Haltung sei gerade in der Debatte über Griechenland von großer Bedeutung. Hasselfeldt betonte darüber hinaus, wie wichtig ein geschlossenes Auftreten Europas im Umgang mit Russland sei. Dies gelte trotz unterschiedlicher nationaler Befindlichkeiten. „Nur mit einer gemeinsamen Linie können wir den Herausforderungen erfolgreich begegnen.“

In den Gesprächen mit dem Fidesz-Fraktionsvorsitzenden Antal Rogán, dem Parlamentspräsidenten László Kövér und dem Vizepräsidenten des ungarischen Parlaments, Gergely Gulyás, kamen auch innenpolitische Themen zur Sprache. Der deutliche Wahlerfolg von Fidesz 2014 sorgte für stabile Verhältnisse und verhinderte den weiteren Aufstieg der rechtsextremen Jobbik-Partei. Die ungarische Seite würdigte zudem den Ungarn-Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Februar. In Budapest hatte sie darauf hingewiesen, dass eine große parlamentarische Mehrheit auch eine große Verantwortung für eine funktio-

nierende Zivilgesellschaft und für freie Medien mit sich bringe.

Auf dem Programm der Delegation stand auch ein Besuch des Mercedes-Benz-Werkes in Kecskemét. Dazu sagte Michael Grosse-Brömer: „Deutsche Unternehmen haben in Ungarn fast 300.000 Arbeitsplätze geschaffen. Damit sie auch weiterhin zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen können, brauchen sie faire und verlässliche Rahmenbedingungen. Darauf haben wir auch im Gespräch mit unseren ungarischen Partnern hingewiesen.“

Deutsche Unternehmensvertreter hatten zuvor berichtet, dass kurzfristig verabschiedete Gesetzesvorhaben in Ungarn oft zu erheblichen Bürokratiekosten für die Firmen führten. Wichtig sei ein intensiverer Dialog zwischen Politik und Wirtschaft, insbesondere im Vorfeld von neuen Gesetzen. „Es darf keine Benachteiligung ausländischer Investoren geben. Wir brauchen in Europa nicht mehr, sondern weniger Handelshemmnisse“, sagte Grosse-Brömer.

Besuch der Synagoge

Beeindruckt zeigte sich die Delegation der CDU/CSU-Fraktion von einem Treffen mit jungen Angehörigen der Roma, die als Studierende an einem Begabtenförderprogramm teilnehmen, das von der Hanns-Seidel-Stiftung betreut wird. Dazu sagte Max Straubinger: „Das Engagement und die Eigeninitiative dieser jungen Menschen ist imponierend und macht Mut, dass sich die soziale und wirtschaftliche Situation der Roma in Ungarn weiter verbessern wird.“ Abgerundet wurde der Besuch mit einer Besichtigung der Großen Synagoge in Budapest. In einem Gespräch mit Vertretern der jüdischen Gemeinde in Ungarn verschafften sich Hasselfeldt, Grosse-Brömer und Straubinger ein Bild von der Situation der viertgrößten jüdischen Gemeinde Europas.

Girls' Day in der Fraktion

Mädchen bekommen Einblick – Gespräche mit Abgeordneten

Bereits seit 2001 gibt es den Girls' Day. Einmal im Jahr öffnen Unternehmen, Betriebe und Hochschulen in ganz Deutschland ihre Türen für Schülerinnen, damit sie Ausbildungsberufe und Studiengänge kennenlernen, die ihnen weniger vertraut sind – etwa in den Bereichen Informationstechnologie, Naturwissenschaften, Handwerk und Technik. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag beteiligt sich seit langem am Girls' Day und öffnete auch in diesem Jahr wieder einer Gruppe Mädchen die Türen, um ihnen Eindrücke vom Alltag der Abgeordneten und der Arbeit im Hintergrund zu vermitteln.

Die Schülerinnen nahmen unter anderem an einer Sitzung der Gruppe der Frauen teil, auf der die Arbeit eines Berliner Mädchenprojektes vorgestellt wurde. Sie hatten aber auch Gelegenheit, mit Parlamentariern persönlich zu sprechen. So berichtete die Abgeordnete Christina Schwarzer aus dem Wahlkreis Berlin-Neukölln, die selbst erst vor zwei Jahren in den Bundestag gewählt wurde, über ihre Erfahrungen als Neuling. Für sie sei es überraschend gewesen festzustellen, wie viele Berufsfelder es rund um den parlamentarischen Betrieb gebe, sagte Schwarzer.

Viele Fragen richteten die Mädchen an die stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Katharina Landgraf, und den Essener Abgeordneten Matthias Hauer. Beide berichteten aus ihrer Arbeit in den Ausschüssen, erzählten aber auch über ihren eigenen politischen Werdegang. Katharina Landgraf erläuterte, warum der Girls' Day aus frauenpolitischer



Foto: Steven Rösler

Die Abgeordnete Christina Schwarzer mit Schülerinnen beim Girls' Day

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- 5. Mai 2015 Jubiläumsveranstaltung 50 Jahre deutsch-israelische Beziehungen
- 6. Mai 2015 Fachgespräch Zukunft der Arbeit – Digitalisierung der Arbeitswelt
- 8. Juni 2015 Kongress Breitbandausbau
- 16. Juni 2015 Sommerfest der CDU/CSU-Fraktion

Sicht wichtig ist. Schließlich sei die Berufswahl einer der Faktoren, die über den späteren Verdienst entscheide. Frauen verdienten unter anderem auch deshalb weniger, weil sie oft Berufe wählten, in denen die Bezahlung grundsätzlich schlechter sei. Der Fraktion komme es deshalb darauf an, dass Mädchen die ganze Breite möglicher Berufsfelder kennenlernen und dass sie sich für eine Ausbildung nach ihren Begabungen entscheiden – und

nicht Geschlechterstereotypen folgen.

Die Gruppe der Frauen führte die Mädchen auch hinter die Kulissen. Beispielsweise bekamen sie die Druckerei zu sehen, die für den reibungslosen Ablauf des Fraktionsalltags wichtig ist. Auch einen Einblick in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Online-Kommunikation und die Bildbearbeitung erhielten die Mädchen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



www.youtube.com/cducusu



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)